

Bafög | 11.09.2014 | Lesezeit 2 Min.

Studenten können mal kurz aufatmen

Die Bundesregierung will die staatliche Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten erhöhen. In den vergangenen 40 Jahren haben die Bafög-Anpassungen allerdings nicht immer mit der Preisentwicklung Schritt gehalten. Um reale Einnahmeverluste zu vermeiden, sollte das Bafög deshalb an die Inflation gekoppelt werden.

Kaum an der Uni, sind die meisten Studenten schon Profis in Sachen Mischkalkulation: Ein bisschen was von den Eltern, ein bisschen was vom Staat und ein bisschen was dazuverdienen – so sieht die Studienfinanzierung in der Regel aus. Manchmal kommt auch noch Geld aus einem Studienkredit oder einem Stipendium hinzu. Am Ende des Monats kommen so im Schnitt 864 Euro zusammen.

Als die Bundesregierung Mitte August ihre geplante Bafög-Reform vorstellte, dürfte das sowohl die 666.000 Studenten als auch die 293.000 Schüler, die derzeit die staatliche Ausbildungsförderung erhalten, gefreut haben: Schließlich soll es künftig mehr Geld geben. Für Studenten etwa steigt der monatliche Grundbedarf von 373 Euro um knapp 7 Prozent auf 399 Euro. Der Höchstsatz für Hochschüler steigt von 597 Euro im Monat sogar um 8,7 Prozent auf 649 Euro, wenn man den Wohnzuschlag hinzunimmt und den Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag abzieht.

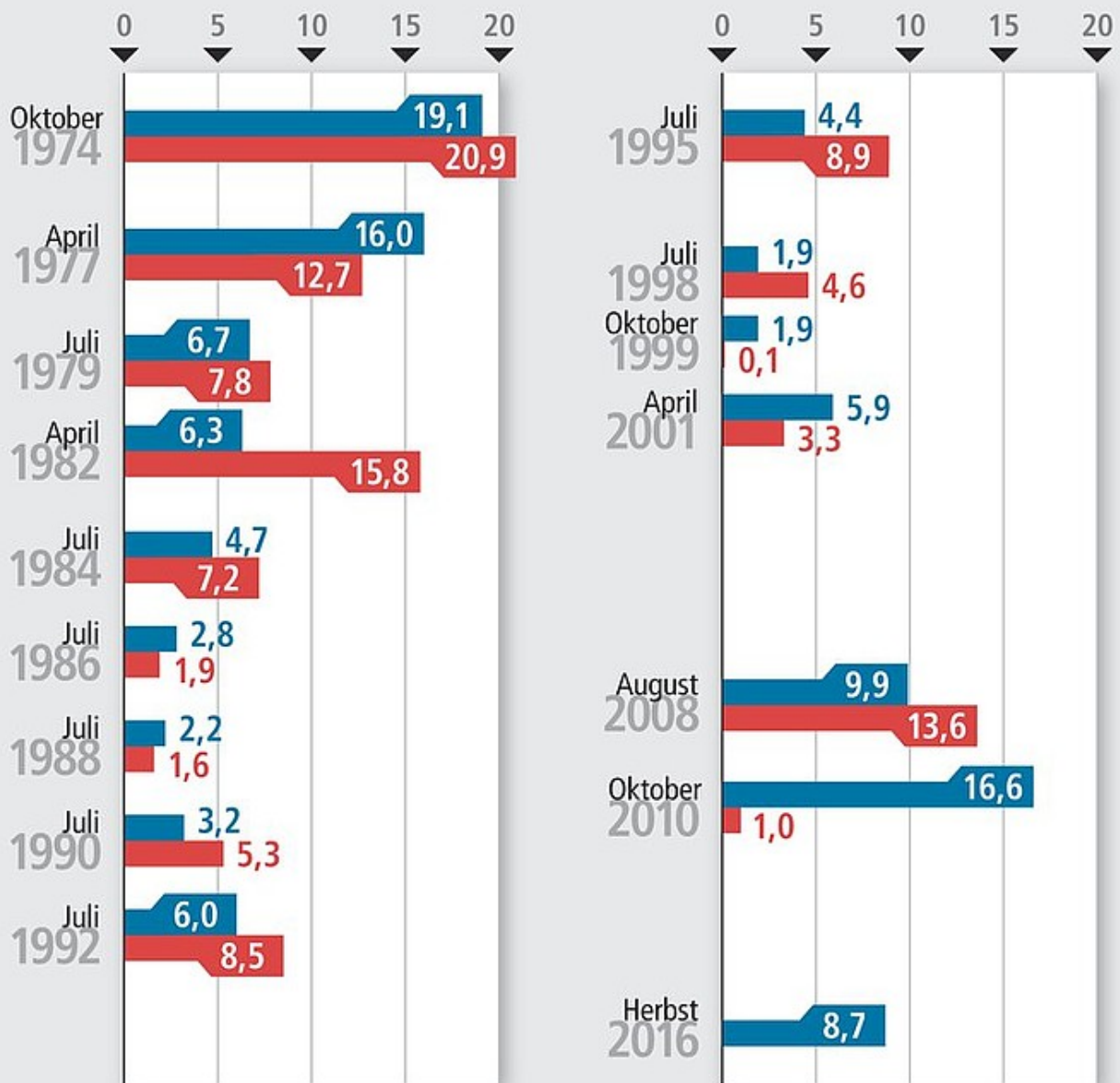
Allerdings gibt es die Bafög-Erhöhung erst im Herbst 2016. Die letzte Anpassung erfolgte im Oktober 2010, Bafög-Empfänger müssen also schlimmstenfalls sechs Jahre mit konstanten Fördersätzen zurechtkommen. Zwar fiel die 2010er-Erhöhung mit 16,6 Prozent üppig aus, doch in der Regel konnten die Bafög-Anpassungen in der

Vergangenheit mit dem steigenden Preisniveau nicht mithalten (Grafik):

Bafög: Die reine Willkür

Um so viel Prozent stieg ...

- ... der Bafög-Höchstsatz seit der vorherigen Bafög-Anpassung
- ... das Preisniveau seit der vorherigen Bafög-Anpassung



Bafög-Höchstsatz: für Studenten, die nicht bei den Eltern wohnen; ohne Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag;
 bis März 2001: nur früheres Bundesgebiet; bis Juli 1992: Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet, danach Verbraucherpreisindex für Gesamtdeutschland
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Seit 1974 gab es in Deutschland sechs Bafög-Erhöhungen, die die

Preiserhöhungen übertroffen haben, aber neun, die unterhalb des Inflationsniveaus blieben.

Problematisch sind auch die unregelmäßigen Abstände, in denen die Unterstützung angepasst wird: Seit der Wiedervereinigung liegen zwischen den einzelnen Bafög-Novellen zwischen 15 und 88 Monate. Ursprünglich war Anfang der 1970er Jahre vorgesehen, die staatliche Ausbildungsförderung alle zwei Jahre anzupassen. Dieser Rhythmus gelang aber nur in den 1980er Jahren.

Um zu verhindern, dass Bafög-Bezieher im Lauf ihrer Ausbildung reale Einnahmeverluste erleiden, sollten die Sätze künftig nicht nur in kürzeren Zeitabständen regelmäßig überprüft, sondern auch an die Preisentwicklung gekoppelt werden.

Darüber hinaus müsste die Bafög-Förderung in ein transparentes und leistungsgerechtes System der Studienfinanzierung eingebettet werden: Dazu zählen Boni, die der Bund den Hochschulen für jeden erfolgreichen Absolventen zahlt, sozialverträgliche Studiengebühren, die erst nach Studienende fällig werden, sowie eine finanzielle Entlastung der Bafög-Empfänger, indem beispielsweise der Darlehensanteil auf 1.000 Euro pro Semester begrenzt wird (vgl. iwD 18/2013).

Kernaussagen in Kürze:

- In den vergangenen 40 Jahren haben die Bafög-Anpassungen allerdings nicht immer mit der Preisentwicklung Schritt gehalten - sinnvoll wäre es, das Bafög an die Inflation zu koppeln.
- Seit 1974 gab es in Deutschland sechs Bafög-Erhöhungen, die die Preiserhöhungen übertroffen haben, aber neun, die unterhalb des Inflationsniveaus blieben.
- Seit der Wiedervereinigung liegen zwischen den einzelnen Bafög-Novellen zwischen 15 und 88 Monate.